

*Die Kirche – Aus Stadt und Land. Veröffentlicht: 5. Februar 2006, Nr. 6.*

### **Alles in den großen Topf**

Ehrenamtliche wollten Stiftung gründen. Das ist unsolidarisch, sagt der Kirchenkreis  
Der Kirchenkreis Lichtenberg-Oberspree verweigert die Errichtung der „Stiftung  
Verklärungskirche“

*Von Sven Scherz-Schade*

„Der Beschluss fiel uns nicht leicht“, beteuert Beatrix Forck, Superintendentin des Kirchenkreises Lichtenberg-Oberspree. Die Theologin senkt die Stimme: „Wir haben lange debattiert.“ Ihr Blick verrät einen eigenartigen Konformismus. Als ob Beatrix Forck schon im Voraus damit rechnet, bei ihrem Gegenüber auf Unverständnis zu stoßen. Und tatsächlich: Was „ihr“ Kreiskirchenrat im vergangenen Dezember entschied, ist entgegen allen derzeitigen Anstrengungen, bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Das Gremium beschloss, der Errichtung einer ‚Stiftung Verklärungskirche‘ nicht zuzustimmen. Der Kreiskirchenrat erteilte damit den ehrenamtlichen Initiatoren der Stiftung eine enttäuschende Abfuhr.



„Das ist jetzt das Gegenteil davon, was wir vor vier Jahren empfanden“, sagt Thomas Prinzler, Mitglied der Kirchengemeinde Adlershof. „Damals waren wir freudig überrascht, als wir von dieser Erbschaft erfuhren.“

Eine Dame war verstorben, die ihre Kindheit in Adlershof verbracht hatte und später nach Westdeutschland gezogen war. Ihrem letzten Willen zufolge vermachte sie der Gemeinde damals 50.000 D-Mark. Die Erbschaft war – und ist es bis heute – zweckgebunden für den Erhalt der 1899-1900 errichteten Verklärungskirche bestimmt. Der rote Backsteinbau mit drei Längsschiffen und einem mächtigen Turm in der Arndtstraße in Adlershof steht unter Denkmalschutz. Da hier häufig Kosten für Sanierungsarbeiten anfallen, war das Geschenk der Verstorbenen sinnvoll und bei der Gemeinde herzlich willkommen.

„Wir wollten aber gerne mehr aus der Erbschaft machen“, erinnert sich Thomas Prinzler. Kurz zuvor war das unter Rot-Grün reformierte Stiftungsrecht in Kraft getreten. Es war nun möglich, auch mit geringerem Kapital eine Stiftung zu gründen. Der Gesetzgeber erhoffte sich davon zweierlei: Einerseits würden die Bürger durch Eigenverantwortung das soziale und kulturelle Miteinander beleben. Andererseits würden auf lange Sicht die öffentlichen Haushalte entlastet. Beide Argumente schienen Thomas Prinzler auch kirchenpolitisch schlüssig: „Eine ‚Stiftung Verklärungskirche‘ hat sich angeboten, weil die Erbschaft zweckgebunden ist.“ Die Erträge der Stiftung würde man für die bauliche und denkmalpflegerische Instandhaltung verwenden. Jeder, der sich für den Erhalt des Kirchengebäudes würde einsetzen wollen, hätte eine zuverlässige Anlaufstelle. Sogar Nicht-Kirchenmitglieder wären angesprochen. Neben dem positiven Image ergäbe sich der Vorteil, dass Zinsen und Zinseszinsen des Stiftungskapitals nicht besteuert würden.

Der Kreiskirchenrat hält jedoch haushaltspolitisch dagegen. „Das Geld gehört ins allgemeine Kirchenvermögen hinein“, erklärt Beatrix Forck, „und zwar aus Solidarität gegenüber den anderen Gemeinden.“ Die Zinsen des allgemeinen Kirchenvermögens nämlich sind eine wichtige Finanzquelle, aus der jährlich die Haushalte, sowohl für den Kirchenkreis als auch die Gemeinden, bezahlt werden. „Je weiter wir das allgemeine Kirchenvermögen herunternehmen, umso weniger Geld bleibt uns zum Beispiel für Personalmittel übrig.“ Nun verbleibt die Erbschaft also im großen Topf. Ein gesetzlich vorgegebener Verteilschlüssel

regelt, dass der Spenderwille befolgt und das Geld ausschließlich für die Verklärungskirche verwendet wird.

„Außerdem entstünden mit einer Stiftung Doppelstrukturen“, ergänzt Beatrix Forck. Neben dem Gemeindegliederkirchenrat hätte ein Stiftungsrat als zusätzliches Gremium zu entscheiden. So ist das mit der Kirchenpolitik. Was die einen als „ehrenamtliche Eigenverantwortung“ begrüßen, bezeichnen die anderen schlicht als „Doppelstruktur“. Ob die Gemeindeglieder in Adlershof nun alternative Wege gehen, ob sie anstatt einer Stiftung einen Förderverein gründen oder ähnliches, ist ungewiss. Als zuverlässig gilt nur, dass von der Superintendentin keinerlei Vorschläge kommen: „Wir werden dazu gar nichts überlegen.“